

angenommen und wird versucht, auf der Grundlage der großen Koalition die Regierung zu bilden.

Berlin, 12. Aug. Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittags dem Reichspräsidenten die Demission des Reichskabinetts mit folgendem Schreiben erklärt:

Herr Präsident!

Als ich, Ihrem Wunsche folgend, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angeht die Verhältnisse der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschland vor schwerem Unheil bewahren wird. Während der seitdem verstrichenen fast neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat ihre Stellung im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen, wie unlängst das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung, die eben verabschiedeten Steuererlasse und die Aktion der großen wertbeständigen Anleihe, die Zustimmung aller den Staatsgedanken bejahenden Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich im Kampf um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren einmütigen Ausdruck.

Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der Bevölkerung des Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken, festen Mehrheit des Reichstags getragen ist.

Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Klemme der Herren Reichsminister in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident,

Ihre sehr ergebener

Cuno.

Als Dr. Cuno seinerzeit das Kanzleramt übernahm, war man einig darüber, daß er der kommende Mann sei, der die Geschichte Deutschlands in bessere Bahnen lenken werde. Er hat sich alle Mühe gegeben, aber die Verhältnisse waren härter denn sein Wille. Nun hat er die unabweisbare Bürde niedergelegt, Stresemann soll sein Nachfolger werden. Die Sozialdemokratie tritt wieder in die Regierung ein. Wie wird es werden? Schwere Zeiten stehen bevor. Auch Stresemanns Stunde wird über kurz oder lang schlagen, weil eben der feindliche Druck über alles geht, dem kein deutscher Politiker Stand halten kann.

Berlin, 13. Aug. Wie die „Montagspost“ mitteilt, ist dem Reichspräsidenten der Abgeordnete Dr. Stresemann von den Parteiführern der großen Koalition einstimmig zum Reichskanzler vorgeschlagen worden. Dr. Stresemann hat nach Annahme der Berufung sofort mit den Verhandlungen über die Kabinettsbildung begonnen. Er besprach sich zunächst mit den Sozialdemokraten. Wie das Blatt aus dem Munde des neuen Reichskanzlers selbst erfährt, nehmen die Verhandlungen einen guten Fortgang. Wahrscheinlich werde sich das neue Kabinett bereits am Montag, wenn auch vielleicht noch mit einigen Wäden, dem Reichstag vorstellen können. In diesem Falle würde die Abgabe der Regierungserklärung verbunden werden mit der auf der Tagesordnung stehenden Beratung der Goldanleihe, damit keine Zeit verloren gehe. Wie die einzelnen Ministerposten besetzt werden, ist noch nicht entschieden. Erst steht dem Blatt zufolge nur, daß der neue Kanzler vorläufig auch das Ministerium des Reichers verwalten werde und daß der Sozialdemokrat Dillferding zum Finanzminister ausgerufen sei. Die Politik des neuen Kabinetts werde, wie das Blatt schreibt, charakterisiert einerseits durch die Verschärfung Stresemanns und andererseits durch die Bedingungen, unter denen sich die Sozialdemokraten zur Bildung der großen Koalition bereit erklärten: energische Konsolidierung der inneren Verhältnisse, größere Aktivität in der äußeren Politik.

Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank. Der „Montagspost“ zufolge haben sämtliche Parteien der großen Koalition beschlossen, dem Reichsbankdirektorium den Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank zu übermitteln.

Das Käster- und Lügenmaul Poincare.

Paris, 12. Aug. Poincare hielt bei einer Denkmalweiheung in Marville eine Rede, in der er nach Schilderung der harten Kämpfe, die während des Weltkriegs um Marville stattgefunden haben, vor allem an die Zeit erinnerte, in der Marville blindlings auf die Einwohner geschossen und ein großer Ver-

gnon, der sich am Fenster befunden habe, aber nicht die geringste Bewegung machte, sei von ihnen tödlich verletzt worden. Dann seien die Häuser geplündert und der Rest ihres Inhalts zerstört worden. Verder der deutschen Besatzungstruppen seien in den Wohnungen untergebracht worden, ja sogar in der Kirche. Besonders schrecklich findet es Poincare, daß die jungen Mädchen aus Marville von den Besatzungstruppen gruppenweise zum Reinigen der Wäsche der aus den Schützengräben zurückkehrenden Deutschen herangezogen worden seien. Wenn man, so fuhr Poincare fort, die schredliche Behandlung, die den Einwohnern von Marville zuteil geworden war, in die Erinnerung zurückruft, dann sieht man klar vor der Unerschämtheit der Deutschen, die, um ihre Missetaten verdecken zu können, sich heute gewaltig über die friedfertige Bevölkerung beklagen, unter der sie nicht zu leiden haben würden, wären sie nicht von ihrer Regierung zu Gewalt- und Wahnsinnstaten gezwungen worden. Noch in der vergangenen Woche hat der Reichskanzler geglaubt, eine anmaßende und drohende Rede im Reichstag halten zu müssen, die beweist, bis zu welchem Grade Deutschland die Lage vertuscht, seine Niederlage verleugnet und hartnäckig weiterhin nicht begreifen will. Der Reichstag hat eine Weiterführung des passiven Widerstands angeordnet, was nichts weiter ist als eine Verletzung des unterzeichneten Friedensvertrags und der eingegangenen Verpflichtungen. Niemals hätte der Reichskanzler diese sinnlose Sprache führen können, wenn die Alliierten sich darüber hätten einig sein können, ihren Willen klar bekunntzugeben und den Reichskanzler zu zwingen, sich nicht gegen die Maßnahmen der Franzosen und Belgier anzulehnen, die diese auf legitimen Wege ergriffen haben. Aber er wird mit der französisch-belgischen Politik nicht fertig werden und Deutschland ist es, das das Opfer dieser freiwilligen Verblendung ist. Der Sturz der Marx, das ist die Tat, das wirtschaftliche und finanzielle Meisterwerk, an dem die deutsche Regierung mit verhängnisvollem Erfolg gearbeitet hat, und wenn sie auf ihrer Verstocktheit weiter beharrt, wird sie ihr Land mit Triumpf in die Katastrophe führen. Was uns anbelangt, so haben wir angeht der Erklärung Cunos nur ein nachsichtiges Lächeln, wenn er glaubt, daß Deutschland nicht geschlagen ist, was man geschlagen nennt in dem Reichen, den es erklärt hat. Wenn er glaubt, angegriffen einen Vertrag zerschneiden zu können, den Deutschland unterzeichnet hat, wenn er der Ansicht ist, daß wir gewillt sind, auf unbestimmte Zeit die Reparationen, die Deutschland uns schuldig ist, selber zu bezahlen, wenn er glaubt, daß wir das Ruhrgebiet räumen würden, bevor wir den Betrag unserer Forderungen erhalten haben, dann täuscht er sich sehr, und wenn er das nicht glaubt, wenn er sich nur den Anschein gibt, das zu glauben, dann sind es keine Vollkommenheiten, die er täuscht. Wir sind nicht nur sicher unseres Rechts, wir sind auch sicher unserer Methoden. Wie im Jahre 1918 am Vorabend seines militärischen Zusammenbruchs will uns Deutschland noch heute hinter das Licht führen. Wie im Jahre 1918 genügt es auch heute für uns, nicht schwach zu werden und das letzte Wort zu haben. Was uns den Krieg gewinnen half, ist nicht die Tapferkeit der verbündeten Armeen allein, sondern auch der unerlöschlichen Wille der Nation gewesen. Die Nation von gestern bis zum letzten Mann hat auch den festen Willen, den Frieden zu gewinnen. Sie wird ihn gewinnen. Ihre Taten fordern das und ihr Wunsch wird gehört werden.

Nach eine französische Sonntagrede.

Paris, 12. Aug. Finanzminister de Cassandre hielt heute bei einer Preisverteilung in Paris eine Rede über die finanzielle Lage Frankreichs. Der Minister führte aus, die budgetäre Lage Frankreichs habe sich gebessert. Die Mehreinnahmen an Steuern betragen im Vergleich zu dem vergangenen Jahre in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 138 Millionen. Wenn, wie anzunehmen sei, die Einnahmen sich in der gleichen Höhe hielten, dann werde es zum ersten Mal seit 1914 gelingen, das ordentliche Budget einschließlich einer Zahlung von 38 Milliarden Franken, die für Rechnung Deutschlands geleistet worden seien, ins Gleichgewicht zu bringen. Angeht dieses glänzenden Ergebnisses könnte die finanzielle Lage Frankreichs als gebessert bezeichnet werden. Was das französische Budget belange, seien die Milliarden, die Frankreich habe leisten müssen und noch leisten, um eine Deckung für das Budget der wieder eintreibbaren Ausgaben zu erlangen. Durch eine geschickt aufgemachte Propaganda suche Deutschland in der ganzen Welt Mitleid mit seinem Schicksal zu erregen, indem es behaupte, durch den Sturz der Marx ruiniert zu sein. Man solle sich aber durch Worte nicht täuschen lassen. Es handle sich bei dem Bankrott Deutschlands nicht um einen wirtschaftlichen Bankrott. Durch seine Inflation habe Deutschland in vorgefasster Absicht das Instrument seiner Zahlungen vernichtet. Aber die

Krise werde nur vorübergehend sein. Deutschland werde, an dem Tage, wo es das wolle, mit einer Beihilge wieder erheben, die Welt in Erstaunen setzen werde. Der Kaiser, wenn auch der Marx lasse doch die Produktionskraft der Welt leistung unberührt. Seit dem Krieg habe Deutschland alle seine Produktionsmittel, seine Fabriken, seine Eisenbahnen und seine Kanäle nicht nur erhalten, sondern sogar noch weiter ausgebaut. Sollte es den Deutschen gelingen, sich den Zahlungen der Reparationslasten zu entziehen, dann würde es keine höhere Schuld los, während auf der anderen Seite keine neue Schuld durch die Entwertung der Marx gleichfalls los würde verschwinden würde. Während dann die Industrie in England, Belgien, Frankreich und Italien unter dem Gewicht der finanziellen Lasten litten, würde die deutsche Regierung, ihre Schulden ledig, ihre Ueberlegenheit benutzen, um ihren Handel auf den Weltmärkten freigelegt Konkurrenz zu machen. Das besiegte Deutschland würde so seine wirtschaftliche Hegemonie in der ganzen Welt einrichten, während die hegemonischen Nationen der Entente mit den größten industriellen Schwierigkeiten und Arbeitslosentziffern, die deren Folge sein würden, zu kämpfen haben würden. Das sei der Grund dafür, daß Frankreich, wenn es die Reparationen verlange, auf die es ein Anrecht habe, die für seinen Wiederaufbau unerlässlich seien, das Verstehe sein habe, nicht nur seine eigenen Interessen zu verteidigen, sondern der Sache des Weltfriedens zu dienen und an der Wiederaufrichtung Europas zu arbeiten.

Der nachgiebige Ton der englischen Note gegenüber Frankreich.

London, 13. Aug. Nach einer Meldung des Reuters-Bureaus weist die vorgestern Frankreich und Belgien gegebene englische Note darauf hin, daß die französisch-belgischen Anträge in bezug auf die Priorität auf eine Abänderung des in Spa festgesetzten Verteilungsschlüssels der Reparationsleistungen zugunsten Frankreichs und Belgiens hinanzulassen. Die britische Regierung sei immer noch der Meinung, daß die gesamte Reparationssumme durch eine unparteiische internationale Feststellung bestimmt werden soll. In der Note wird der Standpunkt vertreten, daß die Befreiung des Ruhrgebietes sei auf Grund des Friedensvertrags berechtigte Sanktion für die britische Regierung sei jedoch willens, die Frage der Priorität dem internationalen Gerichtshof im Haag zu überbreiten. Sie sei bereit, ihre Zahlungsforderung an die Alliierten und an Deutschland auf eine Summe zu begrenzen, die annähernd 14 Milliarden Goldmark betrage und welche den Wert der fundierten britischen Schuld an die Vereinigten Staaten darstelle. Großbritannien wolle, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit Reparationsleistungen leiste. Die französisch-belgischen Operationen hätten jedoch die britischen Vorschläge zum Scheitern verurteilt. In einem besonderen Memorandum über die internationalen Schulden erklärt die britische Regierung, daß irgend ein Nachlaß nur gewährt werden könne, wenn eine feste Regelung der Reparationsfrage getroffen sei. Sie betone, der Schritt müsse die Erzielung einer Uebereinkunft mit den Alliierten über die Höchstsumme sein, die man vernünftigerweise von Deutschland erhalten könne. Die britische Regierung erkläre, daß die französische Schuld an Großbritannien nicht abgelehnt werden könne und sei der Ansicht, daß mit der Zahlung der Zinsen begonnen werden solle, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum Franken ordnungsgemäß stabil geworden sei.

London, 13. Aug. Die gesamte Sonntagrederei bezieht sich auf den Antwort der britischen Regierung an Paris und Brüssel. Ein besonderes Aufsehen erregt die britische Ablehnung der Forderung der französischen Regierung, die britische Regierung werde sich an die Weltmeinung. Der diplomatische Beisitzer des „Oberber“ schreibt, durch die Notizen werde ein großer Teil der Vorarbeiten enthüllt, welche der Vertrag von Versailles in Europa hervorgerufen hat. Es sei an einem Wendepunkt in der europäischen Nachkriegspolitik angelangt. Die britische Regierung habe die Höhe ihrer Angekündnisse erreicht.

Das ist die deutsche Seite der Propaganda. Die deutsche Seite der Propaganda ist die, die in der ganzen Welt Mitleid mit dem Schicksal Deutschlands zu erregen sucht. Man solle sich aber durch Worte nicht täuschen lassen. Es handle sich bei dem Bankrott Deutschlands nicht um einen wirtschaftlichen Bankrott. Durch seine Inflation habe Deutschland in vorgefasster Absicht das Instrument seiner Zahlungen vernichtet. Aber die

Höchstpreise für Mehl und Brot.

Die Steigerung auf allen Gebieten, insbesondere die Arbeitslöhne und die Rekrkosten für Heizmaterial macht eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise erforderlich.

Diese betragen für Kommunalmehl und Brot ab 13. August 1923:

I. Großhandelspreis:	
Brotmischmehl	Mk. 450.000.— pro 100 Kg.
II. Kleinhandelspreis:	
Brotmischmischung	Mk. 5000.— pro 1 Kilo.
III. Brotpreis:	
1 Hausbrot zu 930 Gramm	Mk. 7500.—

Neuenbürg, den 13. August 1923.

Kommunalverband: Fedel, R. A., A. V.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag, den 14. Aug., abends 7 Uhr. Tagesordnung: 1) Holzverkauf. Stadtkulturbücherei Knobel.

Ein gebrauchtes, gut gehaltenes

Fahrrad ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Enzländer-Geschäftsstelle.

Herrenrad zu verkaufen. Julius Kern.

Ruhig und besonnen

gibt

der Schwäbische Merkur

das Spiegelbild unserer Zeit

Visitenkarten

liefert rasch und billig die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Bezirks-Consumverein Neuenbürg a. E.

Außerordentliche

Generalversammlung

am Sonntag, den 19. Aug., nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle in Neuenbürg.

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung.
2. Erhöhung des Geschäftsanteils und Eintrittsgeld.
3. Rückzahlung der Grundwerbansätze.

Neuenbürg, den 10. August 1923.

Der Aufsichtsrat: Vorsitzender Moll

Obernhausen. 1000 laufende Meter

Stumpenholz

von 1-3 Meter Länge verkauft Otto Bodamer.

Paris, 12. Aug. Poincare hielt bei einer Denkmalweiheung in Marville eine Rede, in der er nach Schilderung der harten Kämpfe, die während des Weltkriegs um Marville stattgefunden haben, vor allem an die Zeit erinnerte, in der Marville blindlings auf die Einwohner geschossen und ein großer Ver-